

BFH – Anhängige Verfahren

AnfG § 3 Abs 1 S 2:

Anfechtung, Irrtum

Bundesfinanzhof Az.: VII R 13/26

Verfahrensrecht - Anfechtungsrechtliche Beachtlichkeit von Irrtümern:

Liegen die Voraussetzungen einer im Rahmen eines Duldungsbescheids geltend gemachten Anfechtung nach § 3 des Anfechtungsgesetzes (AnfG) vor, wenn sowohl der Steuerschuldner als auch der Anfechtungsgegner irrtümlich von der Unpfändbarkeit des auf das Konto des Anfechtungsgegners gezahlten Betrages ausgegangen waren?

Unter welchen Voraussetzungen ist ein Rechtsirrtum im Anfechtungsrecht geeignet, die Indizwirkung für einen Gläubigerbenachteiligungsvorsatz und die Beweislastumkehr des § 3 Abs. 1 Satz 2 AnfG zu entkräften?

Setzt die Anerkennung eines vorsatzausschließenden Irrtums voraus, dass dem Schuldner hinsichtlich des Irrtums kein Verschulden trifft? Muss eine erklärbare Grundlage für die Irrtumsannahme ersichtlich sein?

AO § 227:

Billigkeitserlass, Säumniszuschlag, Aussetzung der Vollziehung, Änderung der Rechtsprechung

Bundesfinanzhof Az.: V R 12/26

Zum Erlass von Säumniszuschlägen bei AdV-Ablehnung und nachfolgender Änderung der Steuerfestsetzung aufgrund eines später ergangenen EuGH-Urteils aus anderweitigen rechtlichen Gründen als vom Steuerpflichtigen im AdV-Verfahren vorgetragen.

Sind Rechtsprechungsänderungen, die zu einer geänderten Steuerfestsetzung nach rechtmäßiger Ablehnung des Antrags führen können, bei der Prüfung der Gebotenheit der Aussetzung durch das FA bzw. FG zu berücksichtigen, und muss sich der Steuerpflichtige in diesen Fällen in seinem AdV-Antrag gegen die zu diesem Zeitpunkt bestehende höchstrichterliche Rechtsprechung wenden, um alles zur Erlangung der AdV getan zu haben?

AO § 90 Abs 3 S 1:

Verrechnungspreisdokumentation, Geschäftsbeziehung, Nahestehende Person

Bundesfinanzhof Az.: I R 7/26

Zur Vorlage von Verrechnungspreisdokumentationen (§ 90 Abs. 3 Satz 1 AO a.F., § 1 Abs. 2 Nr. 3 AStG a.F., § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AStG n.F.).

BewG § 179:

Grundbesitzwert, Bodenrichtwert, Bodenwert, Mindestwert

Bundesfinanzhof Az.: II R 10/26

Indiziert eine tatsächliche Bebauung eines Grundstücks, welche hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung über dasjenige des Bodenrichtwertgrundstücks hinausgeht, eine

realisierbare bauliche Nutzung in der Weise, dass eine Ableitung des Bodenwertes aus dem Bodenrichtwert mittels der durch den Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin veröffentlichten Umrechnungskoeffizienten (Erhöhung des Bodenrichtwerts) im Regelbewertungsverfahren regelmäßig geboten ist?

EStG § 18:

Abgrenzung, Pflegedienst, Betreuungsdienst, Katalogberuf, Gewerbliche Einkünfte

Bundesfinanzhof Az.: X R 20/25

Ist ein von einem ausgebildeten Heilerziehungspfleger geleitetes Unternehmen des „Ambulant Betreuten Wohnens“, das im Rahmen der Eingliederungshilfe überwiegend pflegerische Betreuungsmaßnahmen erbringt, als gewerblicher Betrieb der Gewerbesteuer zu unterwerfen oder als „Einrichtung zur ambulanten Pflege kranker und pflegebedürftiger Personen“ nach § 3 Nr. 20 Buchst. d GewStG gewerbesteuerbefreit, obwohl es nicht das gesamte Spektrum der häuslichen Pflegehilfe abdeckt?

EStG § 20 Abs 1 Nr 1 S 2:

Yacht, Verdeckte Gewinnausschüttung, Einkünfteerzielungsabsicht, Verbilligte Überlassung, Gewinnerzielungsabsicht

Bundesfinanzhof Az.: VIII R 7/26

Kann die Einkünfteerzielungsabsicht im Zusammenhang mit der Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft und der Feststellung einer vGA aufgrund der privaten Nutzung eines betrieblichen Wirtschaftsguts (hier: einer Yacht) durch den Alleingesellschafter deshalb verneint werden, weil die Kapitalgesellschaft aufgrund der Unentgeltlichkeit der Nutzung keine Gewinne erzielen kann?

EStG § 24b:

Entlastungsbetrag, Alleinerziehende

Bundesfinanzhof Az.: III R 14/25

Ist der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24b EStG auf das sog. Nestmodell anwendbar?

EStG § 32a Abs 1 S 2 Nr 5:

Betriebsaufspaltung, Ausschüttung, Betriebsvermögen, Gewinnausschüttung, Kapitalgesellschaft, Abgeltungsteuer, Teileinkünfteverfahren

Bundesfinanzhof Az.: III R 8/26

Verfassungswidrigkeit des § 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 EStG bei Ausschüttungen auf Anteile im Betriebsvermögen:

Sind die Vorschriften des § 20 Abs. 8 EStG und des § 3c Abs. 2 EStG in den Veranlagungszeiträumen 2016 bis 2018 insoweit mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar, als sie Gewinnausschüttungen aus einer Kapitalgesellschaft bei Vorliegen einer Betriebsaufspaltung zwingend dem Teileinkünfteverfahren unterwerfen und damit im Zusammenspiel mit § 32a EStG höher belasten als identische Erträge, die der Abgeltungssteuer nach § 32d Abs. 1 EStG unterliegen?

EStG § 4 Abs 5 S 1 Nr 8 S 4:

Betriebsausgabe, Bußgeld, Abzugsverbot, Abschöpfung, Kartellamt, Wettbewerb

Bundesfinanzhof Az.: IV R 2/26

Kommt es für die Frage der Abzugsfähigkeit eines Bußgelds (Kartellbuße) als Betriebsausgabe auf den Willen der (Kartell-)Behörde an, den durch den Gesetzesverstoß erlangten wirtschaftlichen Vorteil abzuschöpfen? Kann die Abschöpfungswirkung als Regelfall der Kartellgeldbuße angesehen werden?

EStG § 6 Abs 1 Nr 4 S 2:

Rechtsanwalt, Fahrtenbuch, 1 %-Regelung, Privatnutzung, Unentgeltliche Wertabgabe

Bundesfinanzhof Az.: V R 22/26

Darf ein Berufsgeheimnisträger (Rechtsanwalt) zum Nachweis des Verhältnisses von privaten Fahrten zu beruflichen Fahrten nach der Fahrtenbuchmethode ein teilweise geschwärztes Fahrtenbuch vorlegen?

Ist ein Steuerbescheid, der aus der Nichterfüllung des Verlangens, das Fahrtenbuch ohne jegliche Schwärzungen und mit Angabe der Namen und Adressen der besuchten Mandanten offenzulegen, durch Ansatz der privaten Fahrzeugnutzung nach der 1-%-Regelung belastende steuerliche Folgen zieht, nichtig?

EStG § 6 Abs 5:

Beteiligung, Einbringung, Betriebsvermögen, Teilwertabschreibung, Gestaltungsmissbrauch, Scheingeschäft

Bundesfinanzhof Az.: IV R 8/26

Wurde die in die Klägerin (eine GmbH & Co. KG) eingebrachte Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft nicht zu Betriebsvermögen, da sie der Klägerin keinen Nutzen gebracht hat, sondern der Steuerersparnis ihrer Gesellschafter dienen sollte? Ist der im Streitfall vereinbarte Darlehenserlass angesichts der besonderen Umstände (u.a. kurzfristige Refinanzierung, keine dauerhafte Überlassung zur freien Verfügung, kurzfristige Rückgewähr als Gewinnausschüttung) entweder als Scheingeschäft oder sonst als Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten zu beurteilen? Ist § 6 Abs. 5 EStG mit der Folge zwingender Buchwertfortführung entsprechend auch auf Wirtschaftsgüter mit stillen Lasten anwendbar?

EStG § 7 Abs 1:

Förderung, Sozialer Wohnungsbau, Wirtschaftsgut, Bemessungsgrundlage, Absetzung für Abnutzung

Bundesfinanzhof Az.: IX R 7/26

Begründet der im Rahmen des entgeltlichen Erwerbs einer vermieteten, öffentlich geförderten Wohnimmobilie miterworbene zeitlich befristete Aufwendungszuschuss (Förderanspruch) ein eigenständiges, abnutzbares immaterielles Wirtschaftsgut, dessen (anteilige) Anschaffungskosten nach § 7 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) über die Restförderdauer abzuschreiben sind – zusätzlich zur Absetzung für Abnutzung des Gebäudes nach § 7 Abs. 4 EStG?

FZulG § 4 Abs 1 S 2:

Forschungszulage, Vorbehalt der Nachprüfung, Bemessungsgrundlage

Bundesfinanzhof Az: III R 24/25

Kann ein Anspruchsberechtigter, der als kleines und mittleres Unternehmen im Sinne der KMU-Definition des Anhangs I der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung gilt und für den bereits für das Wirtschaftsjahr 2021 und 2022 eine Forschungszulage unter dem Vorbehalt der Nachprüfung festgesetzt wurde, nach § 4 Abs. 1 Satz 2 FZulG i.d.F. des Wachstumschancengesetzes (Inkrafttreten am 28.3.2024) zusätzlich eine Erhöhung des Bemessungssatzes um 10 Prozentpunkte auf 35 Prozent beantragen?

GewStG § 9 Nr 1 S 2:

Grundbesitz, Muttergesellschaft, Beteiligung, Gewerblich geprägte Personengesellschaft, Erweiterte Kürzung, Mitunternehmer

Bundesfinanzhof Az: III R 55/25

Liegt auch dann eine mitunternehmerische Beteiligung vor, wenn Grundbesitz aus einer (Mutter-) Gesellschaft in eine gewerblich geprägte Personengesellschaft ausgelagert wurde und die Muttergesellschaft zu 100% an dieser Personengesellschaft beteiligt ist und die Entscheidungen nur von ein und derselben natürlichen Person getroffen werden?

KCanG § 1 Nr 9 Buchst a:

Tabaksteuer, Steuerzeichen

Bundesfinanzhof Az: VII R 11/26

Erteilung von Tabaksteuerzeichen für pflanzliche Raucherzeugnisse - Kräuterzigaretten aus Hanfblüten als steuerpflichtige Tabakwaren:

Ab welchem THC-Gehalt kann Nutzhanf zu Rauschzwecken missbraucht werden?

UStG § 14c Abs 2:

Haftungsschuldner, Steuerhinterziehung, Unberechtigter Steuerausweis, Scheinrechnung, Gesellschafter-Geschäftsführer

Bundesfinanzhof Az: V R 50/25

Haftung für Umsatzsteuer in ausgestellten Scheinrechnungen

1. Kann auch ein bereits abberufener GmbH-Geschäftsführer Täter einer Steuerhinterziehung sein, wenn er nach seiner Abberufung gleichwohl noch eine (im Streitfall zudem unrichtige) Steuererklärung zugunsten der GmbH unterschreibt?
2. Können auch per E-Mail versendete Abrechnungsdokumente eine Gefährdungshaftung i.S. des § 14c Abs. 2 UStG des Rechnungsausstellers auslösen?

UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 2:

Vorsteuerabzug, Rechnungsaussteller, Umbenennung, Umfirmierung

Bundesfinanzhof Az: V R 18/26

Kann dem Leistungsempfänger die Ausübung des Rechts auf Vorsteuerabzug mit einer Rechnung allein deshalb versagt werden, weil der leistende Unternehmer, der sich im Stadium der Umbenennung befindet, in der Rechnung schon seinen neuen, zukünftigen (und nicht seinen alten, im Leistungs- und Rechnungsstellungszeitpunkt noch gültigen) Namen angegeben hat?

UStG § 27 Abs 19:

Forderungsabtretung, Abtretungserklärung, Globalzession, Bank, Bauträger

Bundesfinanzhof Az: V R 53/25

Stehen Abtretungsverbote, insbesondere in Gestalt von Globalzessionen, der Abtretung von Umsatzsteuernachforderungsansprüchen der Bauleistenden gegen ihre Leistungsempfänger an die Finanzverwaltung im Rahmen des § 27 Abs. 19 UStG entgegen?